

Göttinger Friedenspreis 2011



Dokumentation

Göttinger Friedenspreis 2011

Mit der Verleihung des Göttinger Friedenspreises an die GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte und an Ohne Rüstung Leben wird das gemeinsame Engagement gegen Rüstungsproduktion und -exporte gewürdigt. In dieser Broschüre dokumentieren wir Programm, Presseerklärung und Redebeiträge der Preisverleihungsfeier am 5. März 2011 in Göttingen. Die Broschüre kann als PDF-Datei oder in gedruckter Form über die Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben kostenlos bezogen werden.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis und Impressum.....	2
Urkunde.....	3
Programm der Preisverleihungsfeier	4
Carmen Barann (Eröffnungsrede)	5
Laura Stockmann (Begründung der Jury)	7
Andreas Zumach (Laudatio)	9
Paul Russmann (Ohne Rüstung Leben)	14
Dr. Bernhard Moltmann (GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte).....	16
Presseerklärung vom 5. März 2011.....	19

Impressum

Redaktion: Paul Russmann

1. Auflage: 300 Stück (März 2011)

Herausgeber

Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben

Arndtstr. 31 • 70197 Stuttgart

Tel. 0711 608 396 • Fax: 0711 608 357

orl-russmann@gaia.de



Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) finanziell unterstützt.



Göttinger Friedenspreis 2011
der
Stiftung Dr. Roland Röhl

In Würdigung ihrer engagierten langjährigen praktischen und wissenschaftlichen Arbeit für die kritische Information von Öffentlichkeit und Politik über die Problematik von Rüstungsproduktion und Rüstungsexporten

werden

die

„Ökumenische Aktion Ohne Rüstung Leben e.V.“

und die

„Fachgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)“

**mit dem Göttinger Friedenspreis 2011
der Stiftung Dr. Roland Röhl ausgezeichnet.**

Programm zur Verleihung des Göttinger Friedenspreises 2011

Zur Festveranstaltung der Verleihung des Göttinger Friedenspreises der Stiftung Dr. Roland Röhl am Samstag, den 5. März 2011, um 11:00 Uhr in der Aula der Georg-August-Universität, Wilhelmsplatz 1 laden wir Sie herzlich ein.

Programm

Begrüßung	Carmen Barann
Grußworte	Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrike Beisiegel (Präsidentin Georg-August-Universität) Wolfgang Meyer (Oberbürgermeister der Stadt Göttingen)
Musik	Ulrike Haase (Viola da Gamba)
Laudatio	Andreas Zumach (UNO-Korrespondent und Buchautor)
Musik	Ulrike Haase (Viola da Gamba)
Preisverleihung	
Reden der Preisträger	Paul Russmann (Ökumenische Aktion Ohne Rüstung Leben) Dr. Bernhard Moltmann (Vorsitzender GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte)
Musik	Ulrike Haase (Viola da Gamba)

Im Anschluss an die Preisverleihung bittet die Stadt Göttingen alle Teilnehmer und Gäste zu einem Empfang in das Alte Rathaus.

Vorstand

Hans-Jörg Röhl (Berlin)
Thomas Salzmann (Göttingen)

Jury

Prof. Dr. Wolfgang Vogt (Hamburg)
Dr. Corinna Hauswedell (Bonn)
Prof. Dr. Ernst Kuper (Oldenburg)

Kuratorium

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr (München)
Universitätspräsidentin Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrike Beisiegel (Göttingen)
Oberbürgermeister Wolfgang Meyer (Göttingen)

Weitere Informationen zur Stiftung Dr. Roland Röhl, zu früheren Preisträgern und den Reden der vergangenen Preisverleihungen finden Sie unter www.goettinger-friedenspreis.de.

Eröffnungsrede von Carmen Barann

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

ich freue mich, dass Sie unsere Einladung angenommen haben und gekommen sind, um mit uns die 13. Verleihung des Göttinger Friedenspreises in der wunderschönen Aula der Universität zu feiern. Im Namen der Stiftung Dr. Roland Röhl heiße ich Sie hierzu herzlich willkommen.

Besonders begrüßen möchte ich die diesjährigen Preisträger, die „Ökumenische Aktion Ohne Rüstung Leben“ und die „Fachgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE). Stellvertretend für beide Gruppen begrüße ich Herrn Paul Russmann von Ohne Rüstung Leben und Herrn Dr. Bernhard Moltmann von der Fachgruppe Rüstungsexporte der GKKE, und aus der Geschäftsführung und dem Vorstand beider Gruppen Frau Gertrud Casel und Herrn Tim Kuschnerus, sowie Frau Elfriede Müller und Herrn Holger Rothbauer. Nicht vergessen möchte ich an dieser Stelle die zahlreichen Mitglieder beider Vereinigungen, die aus dem gesamten Bundesgebiet angereist sind, um bei der Verleihungsfeier dabei sein zu können. Das finde ich eine tolle Unterstützung der Preisträger. Herzlich willkommen!

Mit einem herzlichen Dankeschön, dass er bereit war, die Laudatio auf die beiden Preisträger zu übernehmen, begrüße ich auch Herrn Andreas Zumach, Korrespondent bei den Vereinten Nationen in Genf und Träger des Göttinger Friedenspreises von 2009.

Weiter begrüße ich mit besonderem Dank für die Unterstützung durch die Universität und für die Bereitstellung der Aula die Präsidentin der Georg-August-Universität, Frau Professorin Dr. Ulrike Beisiegel. Und ich begrüße den Oberbürgermeister der Stadt Göttingen, Herrn Wolfgang Meyer. In seinem Namen darf ich Sie alle im Anschluss an diese Feier noch zu einem Empfang der Stadt in das Alte Rathaus einladen. Auch an Sie, Herr Oberbürgermeister, ein herzliches Dankeschön für diese freundliche Geste der Verbundenheit mit dem Göttinger Friedenspreis.

Begrüßen und herzlich willkommen heißen möchte ich an dieser Stelle auch wieder einige ehemalige Preisträger und die wieder zahlreich erschienenen Vertreter aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen Göttingens und Südniedersachsens. Und natürlich noch mein persönliches freundschaftliches Willkommen an alle Stiftungsmitglieder und hier besonders an unseren Kuratoriumsvorsitzenden, Herrn Professor Dr. Hans-Peter Dürr, und die Familie Röhl.

Ohne Rüstung Leben. Als für uns Stiftungsmitglieder im vergangenen Herbst die diesjährigen Preisträger feststanden, ahnte ich noch nicht, wie tagesaktuell diese generelle Forderung und der für viele von uns mit der Hoffnung auf ein friedlicheres Miteinander in der Welt verbundene Wunsch heute sein würde. Spontan fiel mir damals eine Verbindung zu dem fast zeitgleich proklamierten Friedensnobelpreisträger, den chinesischen Dissidenten Liu Xiaobo, ein. Während die westliche Welt die Nominierung begrüßte und auch die Bundesregierung durchaus deutlich die Freilassung Xiaobos forderte, tobte die chinesische Regierung und ging gewaltbereit gegen jubelnde Demonstranten vor.

Bilder von der brutalen und blutigen Niederschlagung der Proteste von 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking kamen mir in den Sinn. Und fallen mir auch heute ein, wenn ich

sehe und höre, was aktuell in Libyen und andern nordafrikanischen Staaten passiert. Vor diesem Hintergrund kommen mir die Forderungen nach der Freilassung des inhaftierten Nobelpreisträgers oder nach Einhaltung der Menschenrechte und nach demokratischen Regeln als Rasseln mit stumpfen Säbeln vor, während weiterhin scharfe Munition und Waffen geliefert werden.

Dass dem so ist, können wir aus den Rüstungsexportberichten erfahren, die die „Fachgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“ Jahr für Jahr akribisch zusammenstellt, bewertet und veröffentlicht. Der jüngste Bericht belegt, dass es zwar kleine Hoffnungsschimmer am Horizont der Bilanzen gibt, aber auch nichts darüber hinweg täuscht, dass Deutschland weiterhin in der Riege der waffenexportierenden Länder auf dem dritten Platz steht. Da hilft es auch nichts, dass Länder wie Libyen plötzlich in der Sprachregelung verharmlosend als „Schurkenstaaten“ bezeichnet werden und die Vereinten Nationen ein selbstverständlich zu begrüßendes, aber auch leider viel zu spätes Waffenembargo verhängt, oder der ehemalige ägyptische Präsident Mubarak über Nacht zum Diktator Mubarak mutiert. Waren sie denn gestern noch Freunde, denen man auch aus Europa bedenkenlos Waffen verkaufen konnte?

Wer Waffen produziert, kauft oder verkauft, ist zumindest gedanklich bereit, diese auch zu benutzen. Vor wenigen Tagen wurden in Afghanistan neun Kinder von IFOR-Soldaten erschossen. Von Mitgliedern also jener Einheiten auch aus Deutschland, die als „Schutztruppen“ nach Afghanistan geschickt worden sind. Als „ein bedauerlicher Zwischenfall“ wurde dies anschließend mal wieder lapidar entschuldigend legitimiert. Was mich angesichts solcher Nachrichten bewegt, kann ich Ihnen kaum schildern.

Ohne Rüstung Leben. Kurz und treffend sind diese drei Worte für uns alle als Appell verständlich, nach anderen Lösungsmöglichkeiten für Konflikte in gewaltgeladenen Situationen wie aktuell in Nordafrika und Afghanistan zu suchen, bzw. sie konsequenter anzuwenden. Denn dass es friedliche Konfliktbewältigungsstrategien gibt, wissen wir schließlich alle. Einige haben wir in der 13jährigen Geschichte des Göttinger Friedenspreises anhand der ausgezeichneten Personen und Gruppen bereits kennengelernt. Und so sehe ich in den diesjährigen Preisträgern, in der „Ökumenischen Aktion Ohne Rüstung Leben“ und in der „Fachgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“ auch so etwas wie einen inhaltlichen roten Faden durch alle bisherigen Preisverleihungen.

Ohne Rüstung Leben. Ich freue mich sehr darüber und darauf.

Zum Schluss möchte ich wieder allen Danke sagen, die an der diesjährigen Ausrichtung der Preisverleihung beteiligt waren: der Jury für ihre treffliche Wahl, dem Vorstand für das wachsame Auge auf Finanzen und Formalitäten, Klaus Riechel für die Pressearbeit und die Erstellung einer Ausstellung über bisherige Preisträger, die wir anschließend im Alten Rathaus sehen werden. Ich danke Jürgen Schneider, Christian von Gersdorff und meiner Tochter Laura Stockmann für die Mitorganisation. Danke für finanzielle und ideelle Unterstützung sage ich auch der Universität Göttingen, der Sparkasse Göttingen und der Stadt Göttingen. Den musikalischen Rahmen gestaltet heute Frau Ulrike Haase mit ihrer Viola da Gamba für uns. Was sie sich bei der Auswahl der Musikstücke für die heutige Feier überlegt hat, wird sie uns nachher kurz erläutern. Auch dir, Ulrike, ein herzliches Danke.

Nun wünsche ich Ihnen allen und uns eine schöne und interessante Feierstunde.

Begründung der Jury

Kriege verhindern, Gewalt reduzieren und Frieden schaffen

Der Göttinger Friedenspreis 2011 geht zu gleichen Teilen an die Friedensinitiative „Ohne Rüstung Leben“ und an die „GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte“ der „Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“. Beide Gruppierungen verfolgen seit mehreren Jahrzehnten auf unterschiedliche Weise identische Ziele: Kriege zu verhindern, Gewalt zu reduzieren und Frieden zu schaffen – vor allem durch das Verbot von Rüstungsgütern und Rüstungsexporten.

Die Gründung der ökumenischen Initiative „Ohne Rüstung Leben“ im Jahre 1978 und ihr friedenspolitisches Engagement basieren auf einer persönlichen Selbstverpflichtungserklärung der Mitglieder mit dem Wortlaut: „Ich bin bereit, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben. Ich will in unserem Staat dafür eintreten, dass Frieden ohne Waffen politisch entwickelt wird.“ Mit Dialog und Protest, Aktion und Lobbyarbeit engagiert sich die Friedensinitiative gegen die Produktion von Rüstungsgütern und gegen Rüstungsexporte, für eine atomwaffenfreie Welt und für den Ausbau des Zivilen Friedensdienstes.

Mit wirkungsvollen Kampagnen werden diese Ziele konkret umgesetzt. So kaufen Mitwirkende von „Ohne Rüstung Leben“ beispielsweise Aktien der Daimler AG, die große Anteile am Luft-, Raumfahrt- und Rüstungskonzern „European Aeronautic Defence and Space Company“ (EADS) hält. Als „Kritische Aktionäre“ mahnen sie mit Redebeiträgen in den jährlichen Hauptversammlungen der Daimler AG die Verantwortung des Konzerns in den Bereichen Rüstung und Rüstungsexport an.

Andere Kampagnen setzen sich für ein vollständiges Verbot von Minen, Streubomben und Streumunition sowie eine Zukunft ohne Atomwaffen ein. Im Rahmen der Auslandsarbeit werden Projekte der Zivilen Konfliktbearbeitung in Kriegs- und Krisenregionen unterstützt. „Ohne Rüstung Leben“ beteiligt sich am Aufbau und der inhaltlichen Weiterentwicklung des Friedensfachdienstes in der Bundesrepublik Deutschland. Durch diese Initiativen und Kampagnen wird die Öffentlichkeit seit vielen Jahren informiert und mobilisiert und Druck auf politische Entscheidungsträger erzeugt.

Seit 1997 publiziert die „GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte“ der „Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“, in der sich die beiden großen christlichen Kirchen zusammengeschlossen haben, einen jährlichen Rüstungsexportbericht. Als ein ökumenischer, evangelisch-katholischer Arbeitsverbund zur Entwicklungspolitik und als gemeinsame Stimme der beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland will die GKKE dem Gedanken der Einen Welt in unserem Land politisches Gewicht verleihen. Sie führt Dialoge mit Parlament, Regierung und gesellschaftlichen Interessengruppen zu Fragen der Nord-Süd-Politik und der Entwicklungszusammenarbeit.

Mit dem jährlich erscheinenden Rüstungsexportbericht veröffentlicht die „GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte“ die verfügbaren Daten und Informationen über die deutschen Ausfuhren von Kriegswaffen und Rüstungsgütern des Vorjahres und unterzieht die deutsche Rüstungsexportpolitik einer kritischen Analyse im Kontext friedens-, sicherheits- und entwicklungspolitischer Parameter. Mit dieser wissenschaftlich fundierten, akribischen Arbeit schafft die „GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte“ eine zuverlässige Grundlage für praktische Initiativen gegen Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte.

Die praktische Arbeit von „Ohne Rüstung Leben“ gründet ebenso wie die wissenschaftliche Arbeit der „GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte“ auf der Einsicht, dass Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte keine politischen Probleme lösen, weil sie deren Ursachen nicht beseitigen. Rüstung und Waffengewalt bieten letztlich keinen Schutz, sondern stellen eine Bedrohung für alle Menschen dar. Wo durch Rüstung und Waffengewalt bedroht oder zerstört wird, was verteidigt und geschützt werden sollte, ist die Sinnlosigkeit der Anwendung von Waffengewalt offenkundig.

Für die hier ausgezeichneten Initiativen meint Frieden mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden entsteht durch die Entwicklung menschenwürdiger Lebensverhältnisse für alle Menschen – auch für zukünftige Generationen. Den Preisträgern geht es darum, Perspektiven für das gewaltfreie Austragen von Konflikten zu entwickeln und Wege zu finden, möglicher Gewaltanwendung gewaltfrei, ohne Waffen entgegenzutreten. Mit der Verleihung des Göttinger Friedenspreises soll das langjährige, praktische und wissenschaftliche Engagement der beiden Gruppierungen gegen Rüstungsproduktion und -exporte gewürdigt und die öffentliche Wirksamkeit ihrer Aktivitäten unterstützt werden.

Laudatio von Andreas Zumach

Der Tod ist wieder ein Meister aus Deutschland

Wir erleben in diesen Tagen und Wochen historische Umwälzungen in den Staaten des Nahen/Mittleren Osten und Nordafrikas. Für die Bevölkerungen dieser Länder ist der Umbruch von ebenso tiefer Bedeutung, wie es für uns Europäerinnen und Europäer 1989 der Fall der Mauer und das Ende des Kalten Krieges waren.

Wir, die Länder des demokratischen Westens, haben in den letzten 50 Jahren auf die autoritären und diktatorischen Regime im Nahen/Mittleren Osten und Nordafrika gesetzt. Weil sie uns verlässlich billiges Öl lieferten oder unserer Wirtschaft wie im Falle des libyschen Gaddafi-Regimes milliardenschwere Aufträge bescherten und die lästigen Flüchtlinge aus Afrika vom Hals hielten. Und weil diese Regimes uns als einzig verlässlicher Garant gegen die vermeintliche Gefahr einer islamistischen Machtübernahme in diesen Ländern galten.

Ein wichtiges Mittel zur Unterstützung dieser Regimes war – und ist bis auf Libyen unverändert – die Lieferung von Kriegswaffen und anderen Rüstungsgütern sowie von Waffen und Folterinstrumenten, mit denen Polizei, Geheimdienste und interne Sicherheitsorgane die Opposition unterdrücken. Die Lieferung erfolgte, obwohl zumindest der Nahe und Mittlere Osten seit Ende der 40er Jahre zu den gefährlichsten und unstabilsten Spannungsgebieten der Welt gehört. Ein Teil der Waffen, die der Westen und auch die damalige Sowjetunion an arabische Staaten lieferten, wurde von diesen in den Kriegen mit dem ebenfalls vom Westen aufgerüsteten Israel eingesetzt. Nach einer kürzlich veröffentlichten Analyse des Bonner Internationalen Konversionszentrums (BICC) ist der Nahe/Mittlere Osten heute die am stärksten durch Rüstungsimporte militarisierte Region der Welt.

Die Lieferung von Waffen und Ausrüstung zur Kriegsführung sowie zur innerstaatlichen Unterdrückung an diktatorische Regimes im Nahen/Mittleren Osten und Nordafrika ebenso wie an Diktaturen und in Spannungsgebiete in anderen Weltregionen ist nach meiner Überzeugung der größte permanente Skandal deutscher Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik. Nicht nur, weil diese deutschen Exporte verantwortlich sind für den Tod, die lebenslange Verstümmelung, gewaltsame Unterdrückung oder Folter von hunderttausenden Menschen in aller Welt. Sondern auch, weil die Ausgaben der Empfängerländer der deutschen Waffen und Unterdrückungsinstrumente den Staatshaushalten dieser Länder kostbare Ressourcen entziehen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung.

Es ist das große Verdienst der beiden heutigen Preisträger „Ohne Rüstung Leben“ und der „Fachgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE), dass sie seit ihrer Gründung in den Jahren 1978 beziehungsweise 1997 beharrlich dazu beitragen, dass dieser Skandal zumindest nicht völlig vergessen wird.

In den 70er und 80er Jahren war in der damaligen westdeutschen Bundesrepublik das kritische Bewusstsein über diesen Skandal noch relativ weit verbreitet. Für Friedensorganisationen und die damals sogenannten Dritte-Welt-Initiativen war der Kampf gegen die Ausfuhr von Instrumenten zur Kriegsführung und zur innerstaatlichen Unterdrückung eine der wichtigsten gemeinsamen Anstrengungen. Damals entstand die ökumenische Kampagne gegen Rüstungsexporte; gegründet von evangelischen und katholischen Basisgruppen wie Ohne Rüstung Leben und Pax Christi.

In der Folge positionierten sich die beiden großen Kirchen auch auf Leitungsebene deutlich gegen den moralischen Skandal des Exportgeschäfts mit dem Tod. Der öffentliche Druck führte schließlich dazu, dass die von 1976 bis 1982 regierende sozialliberale Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt zumindest den Export von Rüstungsgütern in Spannungsgebiete durch neue Richtlinien erschwerte. Allerdings nur auf dem Papier. Denn auch in den 80er Jahren ging der Export von Rüstungsgütern nicht zurück. In diesem Jahrzehnt erfolgte der ganz besonders verbrecherische Export von Produktionsanlagen, Grundsubstanzen und Know-how zur Herstellung von Chemiewaffen an das Regime des irakischen Diktators Saddam Hussein – damals unser wichtigster Verbündeter und Öllieferant im Nahen Osten.

Nach Ende des Kalten Krieges verringerte sich im Zuge der sogenannten „Normalisierung“ der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik auch das Problembewusstsein über den Skandal der Rüstungsexporte. Nach dem zeitweisen Rückgang der weltweiten Ausgaben für Rüstung und Militär zogen diese ab 1996 wieder deutlich an und damit auch die Nachfrage nach und der Verkauf von deutschen Rüstungsgütern. Die unter der rot-grünen Bundesregierung eingeführten Menschenrechtskriterien für die Beurteilung potentieller Empfängerländer konnten diese Entwicklung nicht bremsen. Denn in der Praxis wurden diese Kriterien kaum angewendet, wie wir dank der Recherchen der GKKE wissen.

Laut dem jüngsten – Mitte Dezember 2010 vorgelegten – Bericht der GKKE, erhielten im Jahr 2009 44 Staaten, in denen die Menschenrechtssituation sehr bedenklich ist, Rüstungsgüter aus Deutschland. In 45 Empfängerländern deutscher Waffen herrschten „schwere Gewaltkonflikte“. Zwischen 2005 und 2009 sind die deutschen Rüstungsausfuhren um 100 Prozent gestiegen im Vergleich zum Zeitraum zwischen 2000 und 2004. Von einem Anteil von sechs Prozent auf über elf Prozent des weltweiten Rüstungshandels. Bereits seit 2006 liegt Deutschland hinter den USA und Russland auf dem dritten Platz der größten Rüstungsexporteure – mit stetig wachsendem Abstand zu den beiden europäischen Hauptkonkurrenten Frankreich und Großbritannien.

Eine weitere Steigerung der Rüstungsexporte ist zu befürchten. Die Lobby der deutschen Rüstungskonzerne in Berlin drängt angesichts sinkender Binnennachfrage massiv auf eine Erleichterung der Ausfuhrbestimmungen. Und die Bundesregierung hat bereits angekündigt, die Genehmigungspraxis für Rüstungsgüter EU-weit „harmonisieren, bürokratische Hemmnisse abbauen und Verfahren beschleunigen“ zu wollen.

In einigen Waffenkategorien sind deutsche Hersteller heute weltweit führend oder gehören zumindest zur Spitzengruppe der Exporteure. Vor allem U-Boote aus Deutschland sind sehr begehrt, stellte Bernhard Moltmann bei der Vorstellung des vorletzten GKKE-Berichts im Dezember 2009 fest. Von den 36 Staaten, die weltweit über nicht-nukleare U-Boote verfügen, habe mehr als die Hälfte U-Boote deutscher Herkunft im Einsatz. Darunter sind die drei an Israel gelieferten U-Boote, die möglicherweise demnächst in einem Krieg gegen Iran zum Einsatz kommen könnten. Moltmann beklagte, dass die öffentliche Kritik am U-Boot-Geschäft mit Pakistan sowie an der staatlichen Hermes Ausfallbürgschaft für diese Lieferung keine Wirkung gezeigt habe.

Die Kieler Werft HDW ist bis 2017 ausgebucht. Interesse an deren U-Boot vom Typ 214 haben unter anderem die Türkei, Pakistan, Israel, Südkorea, Indien und die Vereinigten Arabischen Emirate bekundet. Ein weiterer „Verkaufsschlager“ ist das U-Boot U-26 von den Rhein-Stahl-Nordseewerken in Emden. Im Ausland sehr begehrt sind zudem Kriegsschiffe aus deutscher Produktion.

Neben deutschen U-Booten und Fregatten zählt der Leopard-Panzer von Krauss-Maffei zu den internationalen „Verkaufsschlagern“. Auch die Exportgeschäfte der Rüstungsunternehmen von Rheinmetall, von EADS (Daimler) oder ThyssenKrupp boomen trotz Weltwirtschaftskrise.

Die G 3- und G 36-Gewehre von Heckler & Koch sind nach der russischen AK-47 (Kalaschnikow) die weltweit meistbegehrten und -verkauften Kleinwaffen und in zahlreichen Bürgerkriegen und innerstaatlichen Gewaltkonflikten im Einsatz. Auch in Libyen, wo in den letzten Tagen sogar Mitglieder des Gaddafi-Clans öffentlich mit diesen deutschen Gewehren posiert haben. Die G 3-/G 36-Gewehre aus der Waffenschmiede in Oberndorf gehören damit zu den weltweit erfolgreichsten Mordinstrumenten seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Der Tod ist ein Meister aus Deutschland – dieser Satz aus der Todesfuge von Paul Celan über die Ermordung der Juden im Dritten Reich ist auf neue Weise längst wieder zur traurigen Realität geworden.

Die Tod und Zerstörung bringenden Exporte aus Deutschland werden von der Bundesregierung nicht nur durch die lasche Genehmigungspraxis erleichtert, sondern darüber hinaus durch Hermes-Ausfallbürgschaften aktiv gefördert. Heftig kritisiert die GKKE in ihrem jüngsten Bericht den Anstieg dieser Bürgschaften von 21 Millionen Euro im Jahre 2008 auf 1,92 Milliarden Euro im Jahr 2009. Mit diesen Ausfallbürgschaften werde das Geschäftsrisiko der Rüstung exportierenden Firmen zu Lasten der Steuerzahler reduziert. Das komme einer indirekten Subvention von Rüstungsexporten gleich.

Darüber hinaus bemüht sich die Bundesregierung bei internationalen Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung die Interessen deutscher Hersteller an fortgesetzten Exportgeschäften zu sichern. Ausgerechnet bei den Verhandlungen zum Verbot von Streumunition sowie Minen – also jenen Waffen, die auch in Nachkriegssituationen noch fürchterliche Folgen für Zivilisten haben – setzte die Bundesregierung im Auftrag der deutschen Rüstungsindustrie Ausnahmeregelungen und die Verwässerung von Bestimmungen durch.

So kann etwa der Nürnberger Rüstungskonzern Diehl auch künftig Streumunition produzieren und weltweit exportieren, weil seine jüngste, für Zivilisten angeblich nicht mehr gefährliche Streubombenentwicklung vom Typ Smart 155 dank der Bemühungen der Bundesregierung wegen ihrer technischen Spezifikationen nicht unter die Streumunitions-Definition des internationalen Verbotsabkommens fällt. Eine Regelung, die es dem Diehl-Konzern erlaubt, kritische Journalisten durch Klagen mundtot zu machen.

Bei keiner anderen Ausfuhr von Gütern ist die Transparenz so mangelhaft wie beim Rüstungsexport. Die Entscheidungen fallen auf der Exekutivebene oftmals im hochgeheim tagenden Bundessicherheitsrat. Eine parlamentarische Kontrolle oder gar Mitbestimmung findet so gut wie nicht statt. Die Rüstungsexportberichte der Bundesregierung sind in vieler Hinsicht mangelhaft und wurden zudem bislang mit Verspätungen von bis zu einem Jahr vorgelegt.

Das macht den seit 1997 jeweils zum Jahresende veröffentlichten Bericht der Fachgruppe Rüstungsexporte der GKKE unter Vorsitz von Bernhard Moltmann umso wichtiger. Mit seinen sorgfältigen Recherchen und fundierten Bewertungen ist der GKKE-Bericht für Politiker und Journalisten und den Teil der kritischen Öffentlichkeit, die sich überhaupt noch für das Thema Rüstungsexporte interessiert, längst zur wichtigsten Quelle und Arbeitsgrundlage geworden.

Auf Anregungen und Vorarbeiten von Bernhard Moltmann geht auch der Antrag „Mit Transparenz und parlamentarischer Beteiligung gegen die Ausweitung von Rüstungsexporten“ zurück, den die

SPD-Bundestagsfraktion Mitte dieses Monats im Parlament einbringen wird. Unter anderem sieht der Antrag vor, den Deutschen Bundestag frühzeitig in den Entscheidungsprozess über Rüstungsexporte einzubeziehen durch vertrauliche Beratungen im Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag für „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“. Verfasserin des Antrages ist die Abgeordnete Heidemarie Wiezcorek-Zeul, die als Ministerin für Entwicklungshilfe und -zusammenarbeit von 1998 bis 2009 und als Mitglied im Bundessicherheitsrat reichhaltige Erfahrung mit der bisherigen undemokratischen und intransparenten Geheimpraxis der Rüstungsexportgenehmigungen sammeln konnte.

Dass die wichtigen Inhalte der GKKE-Berichte möglichst breite Aufmerksamkeit finden, auch an der Basis von Kirchengemeinden und örtlichen Friedensinitiativen, dafür sorgt ganz wesentlich die Ökumenische Aktion Ohne Rüstung Leben. Unter anderem mit ihrem regelmäßig erscheinenden Rundbrief. Für Ohne Rüstung Leben gehört das Engagement gegen Rüstungsexporte seit der Gründung im Jahre 1978 zu den Kernanliegen. Seit Ende der 70er Jahre war Ohne Rüstung Leben an allen gemeinsamen Kampagnen der christlichen wie der weltlichen Friedensbewegung gegen Rüstungsexporte aktiv beteiligt. Derzeit liegt der Schwerpunkt der Arbeit auf Kleinwaffen.

In diesem Jahr will Ohne Rüstung Leben eine Kampagne starten für eine Gesetzesinitiative mit der Forderung nach einem grundsätzlichen Exportverbot für Kriegswaffen und Rüstungsgüter. Zudem engagiert sich Ohne Rüstung Leben in der Initiative „Entrüstet Daimler“ und koordiniert seit 1991 die Kritischen Aktionäre beim größten deutschen Rüstungskonzern. Ihren nächsten öffentlichen Auftritt werden die Kritischen Aktionäre bei der diesjährigen Hauptversammlung von Daimler am 13. April 2011 im Berliner Internationalen Kongresszentrum (ICC) haben.

Darüber hinaus streitet Ohne Rüstung Leben für eine atomwaffenfreie Welt und den Abzug der noch verbliebenen atomaren Massenvernichtungsmittel aus Deutschland. Schließlich engagiert sich Ohne Rüstung Leben gegen die zunehmende Tendenz, Kriege und den Einsatz deutscher Soldaten zur Sicherung der Rohstoffversorgung und von Handelswegen sowie von anderen wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen zu rechtfertigen.

Aber das Engagement von Ohne Rüstung Leben beschränkt sich – wie der Name schon nahelegt – nicht auf die Ablehnung von Rüstungsexporten, Rüstungsproduktion und von Atomwaffen. Impuls für die Gründung von Ohne Rüstung Leben war ein Appell der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1975 in Nairobi: „Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben und bedeutsame Initiativen ergreifen, um auf eine wirksame Abrüstung zu drängen“. In Wahrnehmung dieses Auftrages hält Ohne Rüstung Leben an der konkreten Vision einer gewaltfreien Welt fest und engagiert sich für Prävention und die Lösung von Konflikten mit ausschließlich zivilen, nichtmilitärischen Instrumenten – und für eine Stärkung dieser Instrumente auf allen Ebenen von Politik und Gesellschaft.

Aktueller Ausdruck dieses Engagements ist die Aktion „Schulfrei für die Bundeswehr“, die Ohne Rüstung Leben gemeinsam mit anderen Friedensorganisationen gestartet hat. Gefordert wird die Rücknahme der sogenannten „Kooperationsabkommen“ zwischen der Bundeswehr und den Schulministerien von bislang acht Bundesländern. Diese Abkommen ermöglichen Offizieren der Bundeswehr weitgehenden Zugang zu Schulklassen sowie zu Ausbildungs- und Fortbildungseminaren für Lehrer und Referendare und sichert der Bundeswehr quasi ein Monopol zu für die Information über „zur Friedenssicherung notwendige Instrumente der Politik“ – und damit weitgehende Möglichkeiten zur Rekrutierung von Soldaten für künftige Kriege. Die von Ohne

Rüstung Leben mitinitiierte Aktion „Schulfrei für die Bundeswehr“ fordert den Verzicht auf Werbung der Bundeswehr in Schulen und bei Lehrerfortbildungen sowie die Einführung von Friedenserziehung für Kinder und Jugendliche.

Für die friedensethische Diskussion innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) war Ohne Rüstung Leben mit seiner grundsätzlichen pazifistischen Position immer eine besonders wichtige Stimme. In der Friedensdenkschrift der EKD von 1981 wurde die Position von Ohne Rüstung Leben noch als „eine höchst reale Möglichkeit und Chance der Friedenspolitik“ gewürdigt. In der letzten Friedensdenkschrift vom September 2007 ist davon allerdings leider keine Rede mehr. Nicht zuletzt deshalb hoffe ich, dass der Göttinger Friedenspreis für Paul Russmann und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter von Ohne Rüstung Leben eine Ermutigung ist, an ihrer konkreten Vision von einer gewaltfreien Welt festzuhalten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Preisträgerrede von Paul Russmann

Ohne Rüstung Leben ist keine Organisation der großen Namen sondern der vielen kleinen Leute.

Wenn einer alleine träumt, bleibt es ein Traum. Wenn viele gemeinsam träumen ist es der Beginn einer neuen Wirklichkeit. Das haben wohl auch die neun Gründungsväter – Pfarrer der evangelischen Landeskirche Württemberg – von Ohne Rüstung Leben gedacht, als sie vor über 30 Jahren die Aktion Ohne Rüstung Leben aus der Taufe hoben. Pate unserer Aktion ist das Anti-Militarismus-Programm der V. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, die 1975 auf dem afrikanischen Kontinent, in Nairobi, tagte. 275 Mitgliedskirchen verabschiedeten damals eine Empfehlung an ihre Mitgliedskirchen: „Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben und bedeutsame Initiativen ergreifen, um auf eine wirksame Abrüstung zu drängen.“

Aus dieser Erklärung an die Kirchen entwickelten die Gründungsväter eine persönliche Selbstverpflichtung für den Einzelnen, die aus zwei Sätzen besteht: „Ich bin bereit, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben. Ich will in unserem Staat dafür eintreten, dass Frieden ohne Waffen politisch entwickelt wird.“ Mit dieser Selbstverpflichtung gingen die Gründungsväter im April 1978 an die Öffentlichkeit. Bis heute haben fast 30.000 Frauen und Männer die Selbstverpflichtung unterzeichnet.

Die persönliche Selbstverpflichtung war und ist der Versuch für die Menschen möglichst praktisch umzusetzen, was 1975 in Nairobi gesagt worden war. Nicht so sehr als Appell an andere – eher als persönliches, verbindliches Engagement im Rahmen der eigenen Möglichkeiten. Ohne Rüstung Leben ist keine Organisation der großen Namen sondern der vielen kleinen Leute. Viele Leute in vielen kleinen und großen Orten, die auf der Straße, im Gottesdienst, in der Schule oder vom Schreibtisch aus die nächsten Schritte auf dem langen Weg zu einem Leben frei von Rüstung unterstützen.

Viele von uns „kleinen Leuten“ sammelten und sammeln Unterschriften bei Aktionen wie „Eine Million Unterschriften für ein Verbot von Landminen und Streumunition“ oder „Keine Hermes-Bürgschaften für Rüstungsexporte“. Andere schweigen und mahnen seit Jahrzehnten fast Woche für Woche auf dem Marktplatz für den Frieden, gedenken mit der „Nacht der 100.000 Kerzen“ an die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki oder veranstalteten Gottesdienste und Podiumsdiskussionen während der Friedenswochen im November letzten Jahres unter dem Motto: „Es ist Krieg. Entrüstet Euch“.

Wieder andere verbreiteten unsere kostenlosen Falblätter zur Konfliktbearbeitungsmethode „Mediation“ schon zu Zeiten als die Setzer in den Druckereien noch den Begriff „Mediation“ als Schreibfehler ansahen und durch „Meditation“ ersetzen wollten. Andere leiteten erfolgreich Streitschlichterprogramme in Schulklassen an, starteten Initiativen für die Errichtung eines Denkmals für Deserteure oder organisierten Begegnungsprogramme und Veranstaltungen mit Friedensaktivisten aus Krisen- und Kriegsgebieten. Ihnen allen ein herzliches Dankeschön.

Dankbar bin ich auch den vielen kleinen Leuten, die mit Ihren kleinen und großen Spenden Jahr für Jahr dazu beitragen, dass Ohne Rüstung Leben sich unabhängig von Staat, Parteien und Unternehmen mit langem Atem einsetzen kann: gegen Kleinwaffen in Kindersoldatenhände, für eine atomwaffenfreie Welt und für den Ausbau des Zivilen Friedensdienstes.

Dankbar bin ich auch für gemeinsame Kampagnen und Aktionen mit den Freunden und Freundinnen, Kollegen und Kolleginnen der katholischen Friedensbewegung Pax Christi, der deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, der Internationalen Vereinigung der Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges, dem Netzwerk Friedenskooperative, der Werkstatt für gewaltfreie Aktion, dem Rüstungsinformationsbüro und der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden – um nur einige zu nennen.

Gemeinsam haben wir mit der Kampagne „unsere zukunft – atomwaffenfrei“ erreicht, dass alle Parteien im Bundestag von der Bundesregierung fordern, sich gegenüber den USA und der NATO „mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen“ aus Deutschland einzusetzen. Gemeinsam haben wir auch die Idee für einen Zivilen Friedensdienst erfolgreich umgesetzt. Ohne Rüstung Leben ist Mitglied im „Forum Ziviler Friedensdienst“ und beteiligte sich am Aufbau und an der Weiterentwicklung eines Friedensfachdienstes in Deutschland. Mehr als 500 qualifizierte Friedensfachkräfte waren seit 1999 als Streitschlichter, Konfliktberater und Friedensstifter weltweit im Einsatz.

In diesen Tagen planen wir gemeinsam mit anderen Friedensorganisationen eine neue Kampagne unter dem Motto „Stoppt den Waffenhandel. Den Opfern eine Stimme, den Tätern Name und Gesicht geben.“ Unser Ziel ist nicht mehr und nicht weniger, als ein „grundsätzliches Exportverbot von Kriegswaffen und Rüstungsgütern“.

Die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produkte fordern wir seit 1990 als Kritische Aktionäre Daimler auf den jährlichen Hauptversammlungen der Daimler AG. Mit einer Aktie in der Hand mahnen wir mit Redebeiträgen – vor mehreren Tausend Kleinaktionären und auf Augenhöhe mit den Großaktionären – die Verantwortung des Vorstandes der Daimler AG für weltweite Rüstungsexporte über die Konzernbeteiligungen EADS und Tognum AG an. Unserer kontinuierlichen Recherche- und Lobbyarbeit als Kritische Aktionäre ist es zu verdanken, dass das UN-Kinderhilfswerk UNICEF dem Daimler-Konzern wegen seiner Beteiligung am Rüstungsriesen EADS die Aufnahme in die Liste der Sponsoren verweigert hat.

Geteilte Freude ist doppelte Freude: Von daher freue ich mich sehr, lieber Herr Moltmann, dass Sie und Ihre Kollegen und Kolleginnen der Fachgruppe Rüstungsexporte der GKKE mit uns gemeinsam den diesjährigen Göttinger Friedenspreis erhalten. Der Einzige der den Preis ganz erhält ist Ihr Fachgruppenkollege Holger Rothbauer, der gleichzeitig Vorstandsmitglied bei Ohne Rüstung Leben ist.

Ich bin sehr dankbar, dass es die GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte gibt, denn mit ihren fundierten Recherchen, Analysen und Bewertungen im jährlichen Rüstungsexportbericht der GKKE geben sie uns das argumentative Handwerkszeug für unsere Aktionen gegen den Export von Waffen und Rüstungsgütern in Krisen- und Kriegsgebiete. Trotz alledem was täglich geschieht, was tagtäglich in der Praxis die Hoffnung rauben will, in einem Land das Krieg führt in „nichts ist gut in Afghanistan“, einem Land, dessen Regierung und Industrie noch mehr Rüstungsgüter in eine vor Waffen starrende Welt exportieren will – trotz alledem vertraue ich auf die biblische Verheißung, dass die Zukunft nicht den Schwertern, sondern den Pflugscharen gehört.

Damit das Leben in seiner ganzen Fülle für alle Menschen möglich wird.

Preisträgerrede von Dr. Bernhard Moltmann

„Mehr Licht!“ wider das Dunkel bei Waffengeschäften

Das Dunkel der Waffengeschäfte und der Ruf nach Transparenz

Um Rüstungsgeschäfte kreisen viele laute Skandale. Doch hierzulande ist es um ein Skandalon still: kein Mensch weiß genau, wie viele Waffen und Rüstungsgüter deutscher Herkunft zu welchem Zeitpunkt welche Empfänger in welchen Ländern erreichen. Es sind zwar viele Zahlen im Umlauf, jedoch von unterschiedlichster Qualität. Diese Ungewissheiten überlagern eine politische Bewertung von Waffenlieferungen. Umso mehr wuchern Spekulationen über Rüstungsgeschäfte, die im Dunkeln ablaufen.

Die Forderung nach Transparenz, also nach Durchblick durch das, was wann, wie und warum geschieht, erhält einen besonderen Rang, wenn es um den Umgang mit Waren und Leistungen geht, die sich grundsätzlich von gewöhnlichen Handelsgütern unterscheiden, nämlich um Waffen, Rüstungsgüter sowie Militärtechnologie und militärbezogene Aktivitäten. Ihr grundlegendes Merkmal ist, dass sie geeignet sind, Menschen zu töten und Kriege zu führen. Daran ändert auch nichts, dass derartige Produkte als „Wehrmaterial“, „Verteidigungsgut“ oder „Sicherheitsleistung“ firmieren.

Das Verlangen nach Transparenz stützt sich auf drei Gründe:

Erstens ist die Handhabung von Rüstungsausfuhren ein Indiz dafür, wie es mit der Friedensfähigkeit eines Staates bestellt ist. Das betrifft die Außen- und Sicherheitspolitik ebenso wie die Außenhandels- und Entwicklungspolitik – gerade für Deutschland, das sich gern mit dem Bekenntnis als Zivilmacht schmückt. Gleichzeitig ist die Kenntnis von Rüstungsgeschäften Voraussetzung für ihre Überwachung wie auch Beschränkung.

Zweitens dient Transparenz bei Rüstungsgeschäften der Glaubwürdigkeit politischen Handelns. Was unter dem Stichwort „good governance“ (gutes Regieren) von Empfängerländern deutscher Rüstungstransfers eingefordert wird, gilt ebenso für Lieferländer und deren Entscheidungen über Rüstungsgeschäfte.

Drittens ist unbestritten, dass Transparenz am ehesten geeignet ist, der Korruption auf dem Rüstungssektor Einhalt zu gebieten. Nach Recherchen von „Transparency International“ zählt die Rüstungsbranche neben der Öl- und Bauwirtschaft zu den Wirtschaftszweigen, in denen sich Fälle von Korruption häufen. Verantwortlich dafür sind das hohe Maß an Geheimhaltung bei Rüstungsgeschäften, die engen Verbindungen zwischen Militärs, Rüstungsherstellern und politischen Entscheidungsträgern sowie die undurchsichtige Preisbildung bei Rüstungsgütern. Vorwürfe oder nachgewiesene Fälle von Korruption stehen derzeit im Zusammenhang mit deutschen Transfers nach Angola, Argentinien, Griechenland, Kolumbien, Indien, Portugal und Südafrika auf der Tagesordnung.

Was steht an?

Die Forderung nach Transparenz ist ein Reflex auf das Geheimnisvolle um das Geschehen. Rüstungsexportpolitische Entscheidungen gelten in Deutschland wie in anderen Staaten als Ausdruck staatlicher Souveränität und als Prärogative (Vorrecht) der Exekutive. Sie werden unter Ausschluss des Parlaments und der Öffentlichkeit getroffen.

Um den Schleier des Geheimnisvollen zu lüften, steht Folgendes an:

Die Bundesregierung als Herrin des Verfahrens in Sachen Rüstungsexporte muss ihren Umgang mit Informationen zu deutschen Rüstungstransfers verbessern. Prüft man ihre seit 2000 jährlich erstatteten Rüstungsexportberichte unter Gesichtspunkten der Verfügbarkeit, der Verlässlichkeit, der Reichweite, der Vergleichbarkeit, der Präzision und der Relevanz, gelangt man zu einem mangelhaften Befund.

Abgesehen von der Zeitferne der Veröffentlichung irritieren die Unvereinbarkeit der verschiedenen Zahlenwerke miteinander, die Lücken in der Berichterstattung und die Defizite in der Erfassung der tatsächlichen Transfers. Vor allem vermitteln die offiziellen Informationen keine Einsicht in die Begründungen, warum jeweils die Regierung in Abweichung von oder gar im Widerspruch zu den normativen und politischen Vorgaben einzelnen Rüstungsgeschäften in Krisen- und Konfliktregionen zugestimmt hat. Umso größer ist jeweils die Aufregung, wenn bei innerstaatlichen Gewaltkonflikten, wie jüngst in Ägypten, auf Fernsehbildern Lastwagen, Panzer oder Gewehre deutscher Herkunft zu identifizieren sind.

Als die GKKE 1996/97 ihre jährliche Berichterstattung zu den deutschen Rüstungsausfuhren aufnahm, war sie davon ausgegangen, dass diese Aufgabe erledigt sei, wenn die offizielle Seite selbst mit soliden Informationen und tragfähigen Begründungen aufwarten würde. Dass nach dreizehn Jahren der GKKE-Rüstungsexportbericht zu einem konkurrierenden Referenzdokument zum offiziellen Rüstungsexportbericht herangewachsen ist, demonstriert, dass die Mängel weiter fortbestehen.

Bei politisch so sensiblen Angelegenheiten wie Rüstungsgeschäften ist in einer repräsentativen Demokratie die Volksvertretung an der Meinungsbildung zu beteiligen. Beispiele aus Schweden und Großbritannien zeigen, dass es durchaus Fälle gibt, in denen das Parlament oder ihm verantwortliche Gremien an rüstungsexportpolitischen Entscheidungen mitwirken und einen Zuwachs an Transparenz erreichen.

Eine Teilhabe des Bundestages ist jedoch so auszugestalten, dass das Parlament nicht bloß nachträglich (ex post) mit Ausfuhrgenehmigungen befasst wird, die die Regierung bereits umgesetzt hat, sondern schon im Voraus (ex ante) in den Entscheidungsablauf einbezogen wird.

Die Forderung nach Zuwachs der Transparenz bei Rüstungstransfers hat die internationale Dimension von Rüstungsproduktion und -vermarktung in den Blick zu nehmen. Kaum ein Rüstungsgut, das weltweit konkurrenzfähig ist, wird allein aus Komponenten einzelstaatlicher Provenienz (Herkunft) gefertigt.

Deshalb muss die deutsche Regierung darauf dringen, das Transparenzniveau in der Berichterstattung der EU-Staaten über ihre Rüstungsausfuhren zu erhöhen. Gemeinsame

Transparenzstandards sind die Voraussetzung dafür, den EU-Verhaltenskodex für Rüstungsausfuhr verbindlich zu handhaben. Erst dann wird ein Wettstreit der Rüstungshersteller verhindert, den Kodex zu unterlaufen. (Beispiel: die europäische Konkurrenz um Rüstungsaufträge aus Indien).

Der Streit um Transparenz darf nicht an die Stelle der politischen Auseinandersetzung über das Pro und Contra von Rüstungsgeschäften treten.

Die politische Bewertung der deutschen Rüstungsexporte wird einen höheren Stellenwert erhalten, wenn es gelingt, diesen Zweig aus der Zuständigkeit der Außenwirtschaftspolitik herauszulösen und in den Kontext von Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik zu stellen. Das sollte umso leichter fallen, wenn der geringe Anteil der Rüstungsausfuhr am deutschen Außenhandel (weniger als ein Prozent) in Rechnung gestellt wird.

„Mehr Licht!“

Dieser Ausruf wird Johann Wolfgang von Goethe in der Stunde seines Todes im Jahr 1834 zugeschrieben. Nun ist das letzte Stündlein der Rüstungsgeschäfte noch nicht eingeläutet. Solange Deutschland und andere Staaten nicht auf Rüstungstransfers verzichten, werden gesellschaftliche Gruppen wie Ohne Rüstung Leben oder die GKKE in die Bresche springen müssen, um Licht in das Dunkel der Rüstungsgeschäfte zu bringen. So fesselnd und skandalträchtig die Geschehnisse hier auch sind, so politisch gewichtig sind sie doch, um sie allein Bestseller-Autoren wie John le Carré oder Filmschauspielern wie Nicolas Cage zu überlassen.

Die GKKE sieht in ihren Rüstungsexportberichten ein Instrument, das Geheimnisvolle der Rüstungsgeschäfte der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. In den Kontakten mit Parlamentariern, der Bundesregierung und der Verwaltung fordert sie eine Rüstungsexportkontrolle, die sich an Frieden und nachhaltiger Entwicklung orientiert. Wie sehr sich die deutsche Politik mit vorausgegangenen „falschen“ Rüstungsexportgenehmigungen desavouiert (bloßstellt), zeigen ja die aktuellen Entwicklungen in Ägypten und Libyen.

Die Mitglieder der GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte nehmen deshalb die Verleihung des Göttinger Friedenspreises als Zeichen dafür wahr, dass ihr Tun eine breitere Öffentlichkeit erreicht hat. Gleichzeitig ist diese Auszeichnung auch Ermutigung, im Bemühen um Transparenz fortzufahren. Transparenz bleibt Bedingung für eine ethisch ausgerichtete Urteilsbildung in Politik und Öffentlichkeit, wenn es um Rüstungsexporte geht.

Presseerklärung der Stiftung Dr. Roland Röhl vom 5. März 2011

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg

Göttingen, 5. März 2011. Die Friedensinitiative „Ohne Rüstung Leben e. V.“ und die „Fachgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“ sind am Sonnabend mit dem Göttinger Friedenspreis 2011 ausgezeichnet worden. Mit der Verleihung soll das langjährige praktische und wissenschaftliche Engagement der beiden Gruppierungen gegen Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte gewürdigt und die öffentliche Wirksamkeit ihrer Aktivitäten unterstützt werden.

Für beide Initiativen meine Frieden mehr als die Abwesenheit von Krieg, heißt es in der Verleihungsurkunde. „Frieden entsteht durch die Entwicklung menschenwürdiger Lebensverhältnisse für alle Menschen – auch für zukünftige Generationen. Den Preisträgern geht es darum, Perspektiven für das gewaltfreie Austragen von Konflikten zu entwickeln und Wege zu finden, möglicher Gewaltanwendung gewaltfrei, ohne Waffen entgegenzutreten.“

Die praktische Arbeit von „Ohne Rüstung Leben e. V.“ gründe ebenso wie die wissenschaftliche Arbeit der „GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte“ auf der Einsicht, dass Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte keine politischen Probleme lösen, weil sie deren Ursachen nicht beseitigen. Rüstung und Waffengewalt böten letztlich keinen Schutz, sondern stellen eine Bedrohung für alle Menschen dar. Wo durch Rüstung und Waffengewalt bedroht oder zerstört werde, was verteidigt und geschützt werden sollte, sei die Sinnlosigkeit der Anwendung von Waffengewalt offenkundig.

Bernhard Moltmann, Sprecher der Fachgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung, bezeichnete die Handhabung von Rüstungsausfuhren als Indiz dafür, wie es mit der Friedensfähigkeit eines Staates bestellt ist. Waffen, Rüstungsgüter sowie Militärtechnologie und militärbezogene Aktivitäten unterschieden sich grundsätzlich von gewöhnlichen Handelsgütern. Ihr grundlegendes Merkmal sei, dass sie geeignet sind, Menschen zu töten und Kriege zu führen.

Daran ändere auch nichts, dass derartige Produkte als „Wehrmaterial“, „Verteidigungsgut“ oder „Sicherheitsleistung“ firmieren. Die Bundesregierung als Herrin des Verfahrens in Sachen Rüstungsexporte müsse ihren Umgang mit Informationen zu deutschen Rüstungstransfers verbessern, so Moltmann. „Prüft man ihre seit 2000 jährlich erstatteten Rüstungsexportberichte unter Gesichtspunkten der Verfügbarkeit, der Verlässlichkeit, der Reichweite, der Vergleichbarkeit, der Präzision und der Relevanz, gelangt man zu einem mangelhaften Befund.“

Abgesehen von der Zeitferne der Veröffentlichung irritieren die Unvereinbarkeit der verschiedenen Zahlenwerke miteinander, die Lücken in der Berichterstattung und die Defizite in der Erfassung der tatsächlichen Transfers. Vor allem vermitteln die offiziellen Informationen keine Einsicht in die Begründungen, warum jeweils die Regierung in Abweichung von oder gar im Widerspruch zu den normativen und politischen Vorgaben einzelnen Rüstungsgeschäften in Krisen- und Konfliktregionen zugestimmt hat. Umso größer ist jeweils die Aufregung, wenn bei innerstaatlichen Gewaltkonflikten, wie jüngst in Ägypten, auf Fernsehbildern Lastwagen, Panzer oder Gewehre deutscher Herkunft zu identifizieren sind.“

Für „Ohne Rüstung Leben e. V.“ erinnerte Paul Russmann an die neun Gründungsväter dieser Organisation; Pfarrer der evangelischen Landeskirche Württemberg, die vor über 30 Jahren die Aktion Ohne Rüstung Leben aus der Taufe hoben. Sie entwickelten eine persönliche Selbstverpflichtungserklärung für den Einzelnen, die aus zwei Sätzen besteht: „Ich bin bereit, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben. Ich will in unserem Staat dafür eintreten, dass Frieden ohne Waffen politisch entwickelt wird“. Mit dieser Selbstverpflichtung seien die Gründungsväter im April 1978 an die Öffentlichkeit gegangen. Bis heute hätten fast 30.000 Frauen und Männer die Selbstverpflichtung unterzeichnet.

„Ohne Rüstung Leben ist keine Organisation der großen Namen, sondern der vielen kleinen Leute. Viele Leute an vielen kleinen und großen Orten, die auf der Straße, im Gottesdienst, in der Schule oder vom Schreibtisch aus die nächsten Schritte auf dem langen Weg zu einem Leben frei von Rüstung unterstützen. Viele von uns ‚kleinen Leuten‘ sammelten und sammeln Unterschriften bei Aktionen wie ‚Eine Million Unterschriften für ein Verbot von Landminen und Streumunition‘ oder ‚Keine Hermes-Bürgschaften für Rüstungsexporte‘. Andere schweigen und mahnen seit Jahrzehnten fast Woche für Woche auf dem Marktplatz für den Frieden, gedenken mit der ‚Nacht der 100.000 Kerzen‘ an die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki oder veranstalteten Gottesdienste und Podiumsdiskussionen während der Friedenswochen im November letzten Jahres unter dem Motto ‚Es ist Krieg. Entrüstet Euch‘.“

Der Göttinger Friedenspreis ist mit 3.000 Euro dotiert. Stifter war der Göttinger Wissenschaftsjournalist Dr. Roland Röhl. Röhl war am 24. Dezember 1997 an Krebs gestorben; er hatte in seinem Testament verfügt, dass sein Nachlass für die Bildung des Stiftungsvermögens verwendet wird. Der promovierte Chemiker befasste sich als Journalist vor allem mit Fragen der Sicherheitspolitik sowie der Konflikt- und Friedensforschung.